

Dieser Artikel ist erschienen in:

Gemper, Bodo (Hrsg.) (2020): Soziale Marktwirtschaft im Digitalen Zeitalter. Spannungsbögen im ordnungspolitischen Kräftefeld zwischen Freiheit und Bindung, analog und digital, Ordo und Neo, Staat und privat, Siegen (universi), S. 81-97.

Volker Stein* und Tobias M. Scholz**

Internationale Ansätze zur Steuerung des Internets: Eine ordnungspolitische Einordnung

1. Einleitung

Im Jahre 2013 wurde das Internet von der Bundeskanzlerin Angela Merkel als „Neuland“ bezeichnet (Tagesspiegel 2013). Dabei war das Internet auch zu dieser Zeit gar kein neuartiges Phänomen mehr, sondern bereits seit Jahrzehnten ein Wirtschaftsfaktor, der weltweit das Wirtschaftswachstum von Nationen anfeuerte. Doch nicht nur wirtschaftlich gilt das Internet als „Wirtschaftsmotor“ (Grün 2011): Das Internet war der Wegbereiter für die Digitalisierung, denn Industrie 4.0, Automatisierung, Blockchain, künstliche Intelligenz, 3D-Drucker etc. sind gar nicht realisierbar ohne eine funktionierende Internetinfrastruktur.

Dass das Internet die Rahmenbedingungen für die digitale Innovation schafft, bedeutet nicht, dass es eine einheitliche Grundversorgung aller Interessenten mit leistungsfähiger Internetinfrastruktur gibt: Der Ausbau zukunftssicherer Glasfaserleitungen in Deutschland erfolgt langsamer als geplant (Kessler 2018). Kapazitätsengpässe sind regional unterschiedlich, sodass bei gegebener infrastruktureller Notwendigkeit zwecks Zuordnung knapper Internetzugänge ein ordnungspolitischer Eingriff durch den Staat notwendig erscheint.

Auch moderne Gesellschaften wurden und werden durch das Internet maßgeblich verändert. Schon in den Anfangsphasen des Internets wurde über die Chancen und Risiken des Internets umfassend diskutiert (Hwang 2018): Die Optimisten sahen im Internet eine Möglichkeit zur Demokratisierung, zur Befähigung des Einzelnen zur Teilnahme an gesellschaftlicher Partizipation, zur Möglichkeit, sich in Gruppen zu organisieren und insgesamt zur Ausweitung individueller Freiheiten. Die Pessimisten sahen im Internet die Möglichkeit zur totalen Überwachung und Kontrolle, sei es durch

* Univ.-Prof. Dr. Volker Stein, Universität Siegen, Fakultät III (Wirtschaftswissenschaften – Wirtschaftsinformatik – Wirtschaftsrecht), Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Personalmanagement und Organisation.

** Dr. Tobias M. Scholz (Akademischer Rat), Universität Siegen, Fakultät III (Wirtschaftswissenschaften – Wirtschaftsinformatik – Wirtschaftsrecht), Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Personalmanagement und Organisation.

Regierungen, Unternehmen oder mächtige Interessengruppen. Auch mit Blick auf die Steuerung von Gesellschaften erscheint ein ordnungspolitischer Eingriff durch den Staat notwendig, um die Kollektivinteressen mit den Individualinteressen abzugleichen.

Die Qualität eines ordnungspolitischen Eingriffs des Staates entscheidet letztlich darüber, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft im Kontext der gegenwärtigen Technologiedynamik weiterentwickeln. Dabei geben nicht primär die technologischen Potenziale den einzuschlagenden Entwicklungspfad vor, sondern die menschlichen Einstellungen und Entscheidungen im Hinblick auf die Nutzung dieser Technologien (Hwang 2018).

Obwohl das Internet ein globales Phänomen ist, wurde in den letzten Jahren deutlich, dass die Gestaltung des Internet eine nationale Herausforderung für einzelne Staaten oder Staatenverbünde ist und darüber hinaus eine regionale Aufgabe, was die Umsetzung internetbezogener Digitalstrategien betrifft. Bedingt durch das Fehlen einer mächtigen globalen Institution fehlt eine global einheitliche ordnungspolitische Strategie im Umgang mit dem Internet. Das führt zu unterschiedlichsten nationalen Strategien, das Internet „steuern“ zu wollen, und darüber hinaus zu einer massiven Divergenz im Sinne eines Sich-Auseinanderentwickelns konkurrierender Steuerungsstrategien. Das Internet hat offenbar in der Vergangenheit nicht dazu beigetragen, die nationalen Grenzen aufzulösen (Svantesson 2006), sondern vielmehr dazu, Grenzen in der digitalen Welt zu verfestigen (Goldsmith/Wu 2008). Eine der in diesem Sinne außergewöhnlichsten Entwicklungen in Bezug auf das Internet ist sicherlich das Projekt „Goldener Schild“, umgangssprachlich als „die große Firewall“ Chinas bezeichnet, mit dem es der Volksrepublik China gelungen ist, im eigenen Land das gesamte Internet zu kontrollieren und zu regulieren (Deibert 2002).

China ist nur eine der Nationen, die ordnungspolitisch in das Internet eingreifen. Viele andere Nationen sind seit vielen Jahren ebenfalls dabei, ihr nationales Internet strategisch zu positionieren, und sie verfolgen dabei mehr oder weniger transparent eine ordnungspolitische Grundorientierung. Mögliche Ziele sind dann die Initiierung einer industriellen Revolution (beispielsweise Süd-Korea in den 1990er Jahren; Lee/Chan-Olmsted 2004), die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Erringung eines technologischen Monopols oder die Sicherung der innenpolitischen Kontrolle der Bevölkerung.

Deshalb ist es das Ziel dieses Beitrags, die verschiedenen strategischen ordnungspolitischen Ausrichtungen dreier Länder, die zurzeit die ordnungspolitischen Extrempositionen markieren – nämlich China, die USA und Estland (Europa) – näher zu betrachten und zu analysieren.

2. Ordnungspolitik im 21. Jahrhundert

Das Ziel der Ordnungspolitik ist es, ein System von Regeln aufzubauen, die die Funktionsfähigkeit des nationalen Wirtschaftssystems aufrechterhält. Die Steuerungshoheit liegt beim Staat. Die langfristig ausgerichteten Regeln gestalten die Wirtschaftsordnung und schaffen stabile Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Vor allem wird von ihnen geregelt, welche Aufgaben des Wirtschaftsgeschehens der Staat übernimmt und welche Aufgaben dem Markt überlassen bleiben, um letztlich volkswirtschaftliche Effizienz unter den Rahmenbedingungen eines wie intendiert funktionie-

renden Wirtschaftssystem zu erreichen (Ernste/Hüther 2011; Hüther 2018). Ordnungspolitik setzt eine Marktwirtschaft voraus, ist allerdings auch in hybrid-planwirtschaftlichen Systemen denkbar, dann allerdings mit anderen Ausprägungen.

In Deutschland ist das vorherrschende Leitbild die soziale Marktwirtschaft. Es greift dabei die Forderung des Ordoliberalismus auf, Liberalismus, christliche Soziallehre und Sozialismus zu vereinen, so dass „die Freiheit durch einen starken Staat geschützt, diszipliniert und gesichert wird“ (Ernste/Hüther 2011, S. 32). Diese Integration ist kein geschlossenes Konzept und kann erweitert werden, wenn sich die situativen Einflüsse ändern (Gabler Wirtschaftslexikon 2018). Es bleibt aber die Notwendigkeit, wirtschaftliche Macht mit individueller Freiheit in Einklang zu bringen: „Ordnungspolitik ist ein Ansatz, der den Staat dort stark macht, wo es zur Sicherung der Wettbewerbsordnung für den Markt geboten ist“ (Hüther 2014, S. 3).

Eine erste Frage, die sich stellt, ist, ob ein wirksames ordnungspolitisches Eingreifen durch einen Staat in der heutigen globalen, digitalen und miteinander vernetzten Welt überhaupt noch möglich ist oder ob die steuernden Eingriffe nicht „verpuffen“, sobald wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure – unterstützt durch vielfältige physische und mentale Entgrenzungen – den Geltungsbereich der ordnungspolitischen Vorgaben schlichtweg verlassen und sich damit den Regelungen entziehen können. Und tatsächlich hat nicht allein die Existenz des Internet Grenzen (informativische, kommunikative, mentale etc.) aufgelöst, sondern auch die Unternehmen haben in ihrem Streben nach neuen Märkten traditionelle Grenzen (des lokal begrenzten Einflusses, der Kooperationsmöglichkeiten, der Ressourcenbeschaffung, der Wertschöpfungslogiken etc.) geschliffen. Die heutige „Plattformökonomie“ oder die „Sharing Economy“ sind ohne das Herausschieben vormals bestehender Grenzen gar nicht denkbar (Dittmann/Kuchinke 2015). Daraus entwickeln sich nach Haucap und Heimeshoff (2017, S. 3) folgende Herausforderungen für die Staaten:

- Unternehmerische Machtkonzentration durch den Datenkapitalismus und den Plattformkapitalismus
- Verlust in Bezug auf die informationelle Selbstbestimmung und die Kontrolle der Privatsphäre
- Unterlaufen ordnungspolitischer Regulierungsstrukturen wie beispielsweise von Standards oder Steuergesetzen
- Anstieg von prekären Arbeitsverhältnissen
- Verlust der sozialen Interaktion und somit Senkung des Sozialkapitals

Deutlich wird, dass viele Herausforderungen einen tiefgreifenden Einfluss auf die Gesellschaft haben beziehungsweise haben werden und dies durch eine nachhaltig orientierte Ordnungspolitik, die sich ihrer ursprünglichen Zielsetzung verpflichtet sieht, aufgegriffen werden muss. Hierbei geht es nicht allein darum, dass der Staat selbst für das Angebot beispielsweise nach Internet-Infrastruktur sorgt, sondern dass er zudem Anreize setzt, damit die vorhandenen Potenziale aktiver als bislang genutzt und in Innovation umgesetzt werden (Haucap/Heimeshoff 2017, S. 22-28).

Der Umgang mit Daten ist dabei schon heute ein umfassendes ordnungspolitisches Steuerungsproblem, gerade wenn man an wettbewerbsökonomische Konsequenzen der Big-Data-Nutzung (Del Toro Barba 2018) oder an die Skandale von Facebook wie Sicherheitslücken und Weitergaben von Nutzerdaten (Rebiger 2018) denkt, die sich der ordnungspolitischen Steuerung zu entziehen scheinen. Auch die Frage der Besteuerung von Internet-Unternehmen in Bezug auf Ort und Höhe ist problematisch: Sollen Steuern dort gezahlt werden, wo die Daten erhoben werden, oder dort, wo die

Server stehen, oder dort, wo mit den Daten Geschäfte gemacht werden (van Lück 2018)?

Das Internet ist allerdings wirklich kein Neuland mehr, und in einigen Ländern sind ordnungspolitische Rahmenvorgaben mit Internetbezug schon vor Jahren eingeführt worden. Ein Sinnbild für eine solche Ordnungspolitik ist der Umgang mit der Netzneutralität, also die Gewährleistung, dass Daten gleichberechtigt und neutral im Internet übertragen werden und keine Daten bevorzugt (schneller übertragen) oder benachteiligt (langsamer übertragen) werden. Hierbei ist die Netzneutralität, anders als beispielsweise in den USA, in Europa gesetzlich geregelt, und zwar in der EU-Verordnung 2015/2120:

„Mit dieser Verordnung sollen gemeinsame Regeln zur Wahrung der gleichberechtigten und nichtdiskriminierenden Behandlung des Datenverkehrs bei der Bereitstellung von Internetzugangsdiensten und damit verbundener Rechte der Endnutzer geschaffen werden. Mit der Verordnung sollen die Endnutzer geschützt und es soll gleichzeitig gewährleistet werden, dass das ‚Ökosystem‘ des Internets weiterhin als Innovationsmotor funktionieren kann.“ (EUR-Lex 2015)

Diese Netzneutralität ist eine ordnungspolitische Einflussnahme und eine Regelung, die in die eine oder andere Richtung wirtschaftspolitische Konsequenzen hat.

3. Alternative ordnungspolitische Steuerungsstrategien für das Internet

Die Betrachtung der folgenden drei Länder China, USA und Estland (Europa) unterschiedliche Strategien zur nationalen Steuerung des Internets – seiner strategischen Instrumentalisierung, seiner Infrastruktur, seiner Nutzung – aufzeigen und damit Möglichkeiten zur ordnungspolitischen Einflussnahme kritisch hinterfragen helfen.

Jedes der ausgewählten Länder hat eine originäre ordnungspolitische Strategie im Umgang mit dem Internet, und alle drei Strategien zusammen markieren einige bereits erreichte Extrempunkte, die von den Pessimisten und Optimisten für das Internet Anfang der 2000er Jahre prognostiziert wurden.

3.1 China

Im Kontext der Ordnungspolitik ist China ein Beispiel für eine umfassende Digitalisierungsstrategie mit gesellschaftspolitischer Agenda. Das komplette Internet wird kontrolliert. In den vergangenen Jahren hat es China durch Unternehmen mit Quasi-Monopolstatus wie Tencent (soziale Netzwerke und Nachrichtendienste), Alibaba (Internethandel) und Baidu (Internet-Suchmaschine) geschafft, dass die chinesischen Internetnutzerinnen und -nutzer einheitliche technologische Standards verwenden und dass technologische Fortschritte die Bevölkerung relativ schnell durchdringen. Da diese Unternehmen mit den chinesischen Behörden kooperieren (müssen), lassen sich ordnungspolitische Eingriffe wie das Filtern von Internetinhalten und die Lenkung von Internetanfragen auf bestimmte Seiten realisieren.

Shenzhen, eine Sonderwirtschaftszone und chinesisches Zentrum der IT-Industrie, wurde vom Handelsblatt nicht zuletzt wegen des großflächigen Einsatzes von Gesichtserkennungssoftware als die „Überwachungsstadt“ bezeichnet (Hua 2018). Durch die Kombination von internetbasierten Bewegungs-, Kaufverhaltens-, Kriminalitäts- und weiterer Daten hat der chinesische Staat seit kurzem die Möglichkeit, aus

der Vielzahl an personenbezogenen Informationen ein umfangreiches Verhaltensprofil zu generieren. Damit plant China, ein nationales „Sozialkreditsystem“ zu schaffen (Doctorow 2015). Das Sozialkreditsystem, das seit einigen Jahren in unterschiedlichen Formen und unterschiedlichen Regionen getestet wird, will moralisch konformes Handeln der Einwohner belohnen und somit flächendeckend ein vorausseilend gehorames Verhalten befördern. Moralisch konformes Verhalten bedeutet hierbei ein Verhalten „im Sinne der Interessen der Regierung“. Die Ordnungspolitik wird also durch die Zusammenführung aller Daten und Datenquellen in einem einzigen Sozialkreditsystem durchgesetzt. Die Massenüberwachung führt zu gläsernen Bürgern und einer datengetriebenen Staatsführung (Helbing et al. 2017).

In China sitzt zwar der Staat am längeren Hebel, doch auch die Unternehmen wie Tencent, Alibaba und Baidu sind inzwischen mächtig geworden. Die Ordnungspolitik des Staates kann zu Herausforderungen für die Unternehmen und ihre strategischen Geschäftsmodelle führen (die sich national und international bewähren müssen) und insgesamt zu instabilen Rahmenbedingungen für das Wirtschaftssystem als Ganzes. Die Diskussion über die Unabhängigkeit des Technologieunternehmens Huawei vom chinesischen Staatseinfluss und das US-amerikanische Embargo gegenüber dem Unternehmen hat einen nachhaltigen Effekt (Beiersmann 2019): Möglicherweise werden internationale Absatzmärkte chinesischer Unternehmen langfristig eingeschränkt. Die Ordnungspolitik greift somit auch in das Tagesgeschäft chinesischer Unternehmen ein.

3.2 USA

Die USA orientieren sich stark am Marktprinzip und legen ihre Hoffnung auf die Selbstregulierung des Marktes anstatt auf die unmittelbare Intervention des Staates. Datenschutzbestimmungen gelten in den USA als nicht besonders streng. Diese ordnungspolitische Strategie hat dazu geführt, dass aktuell die Unternehmen im Silicon Valley die globale Digitalisierung dominieren. Diese Entwicklung soll vor allem darauf basieren, dass sich der Staat nicht eingemischt hat (Engel 2015) – selbst wenn dies ein wenig ungenau formuliert ist, da das Internet eine Erfindung des US-amerikanischen Militärs ist (Mowery/Simcoe 2002) und viele Fortschritte auf amerikanischer Militärforschung basieren (Lesli 2000). Ordnungspolitisch jedoch greifen die USA als Staat selten in das Internet ein. Sie überlassen die Entwicklungen dem Markt, was man auch an der Aufhebung der Netzneutralität im Jahr 2018 erkennen kann (Collins 2018).

Diese ordnungspolitische Marktüberlassung führt zu wirtschaftspolitischen Problemen wie beispielsweise dem möglichen Monopol des Breitbandanbieters Comcast (Bode 2018). Weil das Internet von der „The-winner-takes-it-all-Strategie“ (Noe/Parker 2005) getrieben ist, entstanden in den USA ohne ein nennenswertes ordnungspolitisches Eingreifen überhaupt erst solche Megaunternehmen wie Google und Facebook. Ob dies eine nachhaltige nationale wirtschaftspolitische Strategie ist, muss man seit dem Datenskandal um „Cambridge Analytica“, das ohne Kenntnis der Betroffenen Daten von Facebookprofilen zur Beeinflussung von US-Wahlkämpfen nutzte, und seit der die institutionelle Verantwortung seines Unternehmens für Datenskandale verharmlosenden Aussage von Mark Zuckerberg, dem Vorstandsvorsitzendem von Facebook Inc., vor dem US-amerikanischen Kongress kritisch hinterfragen (Watson 2018).

Aktuell wird das Machtgefälle zwischen den mächtigen Unternehmen und dem sich zurücknehmenden Staat deutlich. Dies ist jedoch nur so lange der Fall, wie die nationale Sicherheit nicht gefährdet scheint. Nur mühsam und unter Berufung auf den ersten Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung konnte sich Apple gegen die US-Regierung beziehungsweise das FBI durchsetzen, die nach einem islamistischen Attentat ein iPhone entschlüsseln wollten (Selyukh 2016). Auch bei dem umfassenden Einsatz von Predictive Policing, also die Vorhersage zukünftiger Straftaten zwecks Erleichterung der Polizeiarbeit, werden die Rechte der Bürger und Unternehmen zum vermeintlichen Wohl der Nation ignoriert (Brayne/Rosenblatt/Boyd 2015). Die USA als Staat greifen also aktuell ordnungspolitisch aus wirtschaftlichen Gründen nicht in die Steuerung des Internets ein, solange die Unternehmen in bestimmten Situationen umfassend kooperieren. Diese ordnungspolitische Strategie und die damit verbundene Unsicherheit hat zumindest keinen positiven Effekt auf die Stabilisierung des amerikanischen Wirtschaftsumfelds.

3.3 Estland (Europa)

Estland ist in Europa die „Vorzeignation bei der Digitalisierung“ (Hofmeier/Schwietering 2017). Das Land hat sich vor allem im Kontext des eGovernment annähernd vollständig digitalisiert. Estnische Bürgerinnen und Bürger können auf über 600 eGovernment-Dienste zurückgreifen (Thomas, 2017). Gleichzeitig steht bereits in der Grundschule das Programmieren auf dem Lehrplan der Schülerinnen und Schüler (Hege-mann, 2017). Kurz nach der Unabhängigkeit im Jahr 1991 war es eine ordnungspolitische Entscheidung Estlands, auf die Digitalisierung zu setzen und sich dadurch wirtschaftlich zu positionieren. Hierbei wurde die Priorität auf die Verwaltung gesetzt; Schätzungen gehen davon aus, dass Estland durch die Digitalisierung Kosten in Höhe von zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts einspart (Hofmeier/Schwietering 2017).

Das Internet ist der Treiber für das wirtschaftliche Wachstum in Estland und der Staat sieht sich dabei als ein Akteur, der die Digitalisierung aktiv vorantreibt. Vertragsabschlüsse, Krankenakten und sogar Wahlen werden über das Internet getätigt. Dabei geht die Regierung den Weg der Infrastrukturoptimierung, der Dezentralisierung und der Datentransparenz. Projekte wie „X-Road“, das von der estnischen Regierung und den estnischen Unternehmen gemeinsam entwickelt wurde, um Daten und Datenaustausch gegen Manipulation und Löschung zu schützen, soll die unterschiedlichen Datenbanken verbinden und gleichzeitig für den Bürger transparent machen (Jaffe 2016). Die ordnungspolitische Aufgabe ist dabei grundsätzlich getrieben von sozialen Bestrebungen: Der Bürger soll Vertrauen in die Digitalisierung entwickeln, um damit bereitwillig in der digitalen Gesellschaft zu agieren. Die Digitalisierung der Verwaltung ist der Stellhebel für Estland, um ordnungspolitisch die Rahmenbedingungen für die Zukunft zu schaffen. Doch im Gegensatz zu den bereits vorgestellten Ländern werden die Bürger und die Unternehmen als gleichberechtigte Partner angesehen.

4. Diskussion

Konfrontiert mit den Chancen und Risiken des technologischen Fortschritts, sehen viele Staaten im Internet eine Möglichkeit, Kontrolle auszuüben, Macht zu zentralisieren und die in ihrem Einflussbereich befindlichen Wirtschaftsunternehmen ordnungspolitisch wie auch gesellschaftspolitisch in die Schranken zu weisen. Diesen Trend

erkennt man in China, in Russland und auch in den USA (Jacobson 2017; Parker 2017). Dieses ordnungspolitische Eingreifen ist, nach vielen Jahren der technologie- und kompetenzbedingten Machtlosigkeit, erst heute umsetzbar und damit auch verlockend. Es ist aber auch eine ordnungspolitische Abkehr von einer liberalen Wirtschaftspolitik. Deshalb wird es interessant sein zu sehen, wie sich die Situation gerade in den USA entwickelt, die wirtschafts- und gesellschaftspolitisch liberal sein wollen und auf marktliche Selbstregulatorik setzen, was allerdings mit dem parallel bestehenden Sicherheitsinteresse kollidiert (Statt 2017). In Europa hingegen erkennt man, zumindest in einigen Ländern, eine Tendenz zu einer sozialliberalen Ordnungspolitik, die die Dezentralisierung präferiert: sei es in Island, das ein sicherer Ort für Daten werden will (O'Brien 2014), sei es in Finnland, das den Zugang zum Breitband-Internet als Grundrecht ansieht (Epatko 2010). Die europäische Ordnungspolitik setzt hierbei auf die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen, um große IT-Unternehmen, die ihre Marktmacht den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber missbrauchen können, ein Gegengewicht entgegensetzen zu können, aber gleichzeitig auch, um technologischen Fortschritt für sozialen Fortschritt zu instrumentalisieren.

Wie soll also eine soziale Marktwirtschaft in der Digitalisierung aussehen?

Aktuell scheint es, dass das chinesische oder das US-amerikanische Konzept die vorherrschende Marschrichtung für viele Nationen in der Welt sein wird. Die damit verbundene ordnungspolitische Strategie wird zu einem „Big Brother“ führen; ob dieser Big Brother letztlich der Staat oder ein bis einige wenige Monopolunternehmen sein wird, wird vermutlich im wirtschaftlichen Wettbewerb entschieden. Hingegen besteht die Möglichkeit, dass sich eine Ordnungspolitik mit Fokus auf Datenschutz und Privatsphäre als erfolgreiche dritte Alternative positioniert. Die Länder in Europa können durch eine ausgewogene Steuerungsstrategie für das Internet im Sinne der Bürger und der Unternehmen willkürliches staatliches Eingreifen zu vermeiden versuchen.

Im Gegensatz zur Ordnungspolitik in der Vergangenheit weist die Ordnungspolitik in der Digitalisierung einen viel umfassenderen und unmittelbareren Einfluss auf die Gesellschaft auf. Daten sind mittlerweile allgegenwärtig und werden auch allgegenwärtig genutzt. Grundproblem bleibt die Abwägung von Ordnungspolitik mit Sicherheitspolitik. Dass die Ordnungspolitik – und gerade diejenige mit einem hohen Anspruch an Dezentralität und Liberalität – hier einen zunehmend schweren Stand hat, erkennt man schon daran, dass Themen wie Predictive Policing selbst in Bayern auf dem Vormarsch sind (Egbert 2018) und dass das Argument mancher Sicherheitspolitiker, wenn man nichts zu verstecken habe, dann könne man auch seine Daten freigeben (Solove 2007), immer hörbarer wird. Diese Argumentation kann insbesondere dann gefährlich für eine liberale ordnungspolitische Grundposition werden, wenn sie im Zuge eines nationalen Krisenfalls, im dem sie zum Zuge kommt, schnell zur Gewohnheit werden kann und dann nicht mehr zurückgenommen wird. Somit besteht mit Bezug auf das Individuum ein Zielkonflikt zwischen Sicherheit und Privatsphäre (so der Apple-CEO Tim Cook in Kahney 2019). Aufgrund der alle Lebensbereiche durchdringenden Digitalisierung sind die Auswirkungen der Ordnungspolitik noch intensiver mit den anderen Politikbereichen verflochten und deshalb ist die bewusste und demokratisch bestimmte Ausgestaltung der Rahmenbedingungen notwendig, um stabile Rahmenbedingungen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen zu gewährleisten.

5. Fazit

Es wird deutlich, dass der Umgang mit dem Internet der Kern einer ordnungspolitischen Strategie ist. Die nationale Steuerung des Internets spiegelt das nationale Leitmotiv wider, mit dem die digitale Zukunft gestaltet werden soll. Deshalb ist es essenziell, heute bewusst zu überlegen, in was für einer Welt man in einigen Jahrzehnten leben will. Welche Wirksamkeit ordnungspolitisch geprägte Steuerungsstrategien entfalten, erkennt man bei Early Adoptern wie Estland oder China, wo die massiven Auswirkungen auf die Gesellschaften sichtbar werden.

Bei aller technologiegetriebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation: Ändern sich die grundlegenden ordnungspolitischen Spielregeln automatisch mit? Linnemann (2019) beharrt darauf, „die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind zeitlos gültig“. Was sich ändert, sind das wirtschaftliche und das gesellschaftliche Umfeld. Und vor allem ist die Durchsetzung ordnungspolitischer Vorstellungen eine Machtfrage. Beispiele wie China zeigen, dass die Unternehmen diesen Regeln folgen werden, weil sie es müssen. In den USA ist Widerstand gegen ein Zuviel an Übergriffigkeit möglich (gewesen). In Estland ist eine zivilgesellschaftliche Gemeinschaftsstrategie der Versuch, Machtpotenziale auszubalancieren.

Deutschland und Europa haben mit der Wahl ihres ordnungspolitischen Ansatzes, der in Explizitheit und Transparenznotwendigkeit noch aussteht, die Möglichkeit, konkret aufzuzeigen, für welches Internet, für welche Form des Wirtschaftens und für welche Form der Demokratie sie stehen wollen. Dabei wäre es ordnungspolitisch angemessen, anstatt als Staat konkrete Lösungen auszugestalten, vielmehr die Rahmenbedingungen (z. B.: „Dateneigentum verpflichtet.“) zu schaffen, innerhalb derer Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger die digitale Zukunft lebenswert gestalten.

Literatur

- Beiersmann, Stefan (2019): US-Embargo: Huawei korrigiert Umsatzprognose um 30 Milliarden Dollar nach unten. <https://www.zdnet.de/88362537/us-embargo-huawei-korrigiert-umsatzprognose-um-30-milliarden-dollar-nach-unten>, 18.06.2019, abgerufen am 28.07.2019.
- Bode, Karl (2018): The Future of American Broadband Is a Comcast Monopoly. https://www.vice.com/en_us/article/yw7e7g/the-future-of-american-broadband-is-a-comcast-monopoly, 14.12.2018, abgerufen am 28.07.2019.
- Brayne, Sarah/Rosenblat, Alex/Boyd, Danah (2015): Predictive Policing. Data & Civil Rights: A New Era of Policing and Justice. http://www.datacivilrights.org/pubs/2015-1027/Predictive_Policing.pdf, 27.10.2015, abgerufen am 28.07.2019.
- Collins, Keith (2018): Net Neutrality Has Officially Been Repealed. Here's How That Could Affect You. <https://www.nytimes.com/2018/06/11/technology/net-neutrality-repeal.html>, 11.06.2018, abgerufen am 28.07.2019.
- Deibert, Ronald J. (2002): Dark Guests and Great Firewalls: The Internet and Chinese Security Policy. *Journal of Social Issues* 58 (1), S. 143-159.
- Del Toro Barba, Alexander (2018): Marktmacht durch Big Data in der künstlichen Intelligenz. *ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 68 (1), S. 217-248.
- Dittmann, Heidi/Kuchinke, Björn A. (2015): Ordnungsökonomische Aspekte der Sharing Economy. *ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 66 (1), S. 243-262.
- Doctorow, Cory (2015): Reputation Economy Dystopia: China's New 'Citizen Scores' Will Rate Every Person in the Country. <https://boingboing.net/2015/10/06/reputation-economy-dystopia-c.html>, 06.10.2015, abgerufen am 28.07.2019.
- Egbert, Simon (2018): About Discursive Storylines and Techno-Fixes: The Political Framing of the Implementation of Predictive Policing in Germany. *European Journal for Security Research* 3 (2), S. 95-114.

- Engel, Jerome S. (2015): Global Clusters of Innovation: Lessons from Silicon Valley. *California Management Review* 57 (2), S. 36-65.
- Epatko, Larisa (2010): Finland Makes Internet a 'Basic Right'. <https://www.pbs.org/news-hour/world/finland-broadband-law>, 05.07.2020, abgerufen am 28.07.2019.
- Ernste, Dominik H./Hüther, Michael (2011): *Verhaltensökonomik und Ordnungspolitik. Zur Psychologie der Freiheit*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
- EUR-Lex (2015), Verordnung (EU) 2015/2120 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet und zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten sowie der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (Text von Bedeutung für den EWR). <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32015R2120>, abgerufen am 28.07.2019.
- Gabler Wirtschaftslexikon (2019): Soziale Marktwirtschaft. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/soziale-marktwirtschaft-42184>, abgerufen am 28.07.2019.
- Goldsmith, Jack/Wu, Tim (2008): *Who Controls the Internet? Illusions of a Borderless World*. Oxford: Oxford University Press.
- Grün, Gianna-Carina (2011): Das Internet als Wirtschaftsmotor. <https://www.zeit.de/digital/internet/2011-08/internet-bedeutung-wirtschaft>, 02.08.2011, abgerufen am 28.07.2019.
- Haucap, Justus/Heimeshoff, Ulrich (2017): *Ordnungspolitik in der digitalen Welt, DICE Ordnungspolitische Perspektiven Nr. 90*.
- Hegemann, Lisa (2017): IT-Vorbild Estland: Was wir von der baltischen Republik lernen können. <https://t3n.de/news/estland-digitalisierung-it-878869>, 21.11.2017, abgerufen am 28.07.2019.
- Helbing, Dirk/Frey, Bruno S./Gigerenzer, Gerd/Hafen, Ernst/Hagner, Michael/Hofstetter, Yvonne/van den Hoven, Jeroen/Zicari, Roberto V./Zwitter, Andrej (2017): Digitale Demokratie statt Datendiktatur. In: Carsten Könneker (Hrsg.), *Unsere digitale Zukunft. In welcher Welt wollen wir leben?* Heidelberg: Springer, S. 3-21.
- Hofmeier, Luisa/Schwietering, Caspar (2017): Im Online-Staat gibt's keine Warteschlangen. http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/estland-ist-eine-vorzeigenation-bei-der-digitalisierung-15005575.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0, 17.05.2017, abgerufen am 28.07.2019.
- Hua, Sha (2018): Die Überwachungsstadt – ein Besuch im chinesischen Shenzhen. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/selbstversuch-die-ueberwachungsstadt-ein-besuch-im-chinesischen-shenzhen/22510404.html>, 17.05.2018, abgerufen am 28.07.2019.
- Hüther, Michael (2014): Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert: Ein Opfer der Globalisierung. https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=38e9dc91-d9bf-8fa4-b47b-21eaa0623f8b&groupId=252038, 19.11.2014, abgerufen am 28.07.2019.
- Hüther, Michael (2018): Digitalisierung: Motor im Strukturwandel – Herausforderung für die Wirtschaftspolitik. *ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 68 (1), S. 179-216.
- Hwang, Tim (2018): The Four Ways That Ex-Internet Idealists Explain Where It All Went Wrong. <https://www.technologyreview.com/s/611805/the-four-ways-that-ex-internet-idealists-explain-where-it-all-went-wrong/>, 22.08.2018, abgerufen am 28.07.2019.
- Jacobson, Roni (2017): Internet Censorship is Advancing Under Trump. <https://www.wired.com/2017/04/internet-censorship-is-advancing-under-trump>, 04.12.2017, abgerufen am 28.07.2019.
- Jaffe, Eric (2016): How Estonia Became a Global Model for e-Government. <https://medium.com/side-walk-talk/how-estonia-became-a-global-model-for-e-government-c12e5002d818>, 20.04.2016, abgerufen am 28.07.2019.
- Kahney, Leander (2019): *Tim Cook: The Genius Who Took Apple to the Next Level*. London: Penguin Random House.
- Kessler, Marc (2018): Flächendeckender Glasfaserausbau kann mit umfangreichem Maßnahmenpaket erheblich beschleunigt werden. <https://brekoverband.de/flaechendeckender-glasfaserausbau-kann-mit-umfangreichem-massnahmenpaket-erheblich-beschleunigt-werden>, 29.11.2018, abgerufen am 28.07.2019.
- Lee, Choongok/Chan-Olmsted, Sylvia M. (2004): Competitive Advantage of Broadband Internet: A Comparative Study Between South Korea and The United States. *Telecommunications Policy* 28 (9-10), S. 649-677.
- Leslie, Stuart (2000): The Biggest "Angel" of Them All: The Military and the Making. In: Martin Kenney (Hrsg.), *Understanding Silicon Valley: The Anatomy of an Entrepreneurial Region*. Stanford: Stanford University Press, S. 48-70..

- Linnemann, Carsten (2019): Spielregeln der Ordnungspolitik. <https://www.theeuropean.de/carsten-linnemann/soziale-marktwirtschaft-im-21-jahrhundert>, 17.07.2019, abgerufen am 28.07.2019.
- Mowery, David C./Simcoe, Timothy (2002): Is the Internet a US invention? An Economic and Technological History of Computer Networking. *Research Policy* 31 (8-9), S. 1369-1387.
- Noe, Thomas/Parker, Geoffrey (2005): Winner Take All: Competition, Strategy, and the Structure of Returns in the Internet Economy. *Journal of Economics & Management Strategy* 14 (1), S. 141-164.
- Parker, Emily (2017): Russia is Trying to Copy China's Approach to Internet Censorship. http://www.slate.com/articles/technology/future_tense/2017/04/russia_is_trying_to_copy_china_s_internet_censorship.html, 04.04.2017, abgerufen am 28.07.2019.
- Rebiger, Simon (2018): Die ultimative Liste: So viele Datenskandale gab es 2018 bei Facebook. <https://netzpolitik.org/2018/die-ultimative-liste-so-viele-datenskandale-gab-es-2018-bei-facebook/>, 20.12.2018, abgerufen am 28.07.2019.
- Selyukh, Alina (2016): A Year After San Bernardino and Apple-FBI, Where Are We on Encryption? <https://www.npr.org/sections/alltechconsidered/2016/12/03/504130977/a-year-after-san-bernardino-and-apple-fbi-where-are-we-on-encryption>, 03.12.2016, abgerufen am 28.07.2019.
- Solove, Daniel J. (2007): I've Got Nothing to Hide and Other Misunderstandings of Privacy. *San Diego Law Review* 44, S. 745-772.
- Statt, Nick (2017): Silicon Valley Comes Out Strong Against Trump's Decision to Abandon Paris Agreement. <https://www.theverge.com/2017/6/1/15726980/silicon-valley-google-microsoft-trump-paris-climate-deal>, 01.06.2017, abgerufen am 28.07.2019.
- Svantesson, Dan J. B. (2006): Borders on, or Border Around – the Future of the Internet. *Albany Law Journal of Science and Technology* 16 (2), S. 343-381.
- Tagesspiegel (2013): Merkels „Neuland“ wird zur Lachnummer im Netz. <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-kanzlerin-und-das-internet-merkels-neuland-wird-zur-lachnummer-im-netz/8375974.html>, 19.06.2013, abgerufen am 28.07.2019.
- Thomas, Jan (2017): Estland: Pionier bei der Digitalisierung und in Sachen E-Government. <https://berlinvalley.com/estland>, 20.05.2017, abgerufen am 28.07.2019.
- van Lück, Kolja (2018): Steuerrecht und Digital Economy: Lösungsansätze sachgerechter Besteuerung multinationaler Unternehmen der digitalisierten Wirtschaft. Münster: LIT.
- Watson, Chloe (2018): The Key Moments from Mark Zuckerberg's Testimony to Congress. <https://www.theguardian.com/technology/2018/apr/11/mark-zuckerbergs-testimony-to-congress-the-key-moments>, 11.04.2018, abgerufen am 28.07.2019.